

(20/2011)

Aktuelle Strategien und Kommentare Schweizer Banken (seit 1972)

Mittwoch, 21. Dezember 2011

Weihnachtswunder in Sachen Euro:

**„Man muss das Unmögliche so lange anschauen,
bis es eine leichte Angelegenheit wird.
Wunder sind dann eine Frage des Trainings“**

A. Einstein

Aus dem Inhalt:

- **Advent, Advent ... der Euro brennt!**
- **Herabstufungen durch Rating-Agenturen unvermeidbar**
- **Zinslos heimlich enteignen**
- **Deutsches Steuerabkommen auch mit Österreich, Liechtenstein und Luxemburg vorgesehen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

jeder kennt den Spruch von Norbert Blüm, dem ehemaligen Bundesminister für Arbeit: „**Die Renten sind sicher!**“ Daran hat sich nichts geändert, aber die Doppeldeutigkeit ist für jeden sichtbar: Es werden mit Sicherheit auch in Zukunft Renten gezahlt, allerdings **in welcher Höhe – das bleibt offen**. Heute verkündet der Chor der Europa-Politiker unisono: „Der Euro ist sicher!“. Er wird uns Deutschen wohl doch noch länger erhalten bleiben – mehr dazu im „Kunden-Brief 2012“, aber niemand kann die **zukünftige Kaufkraft** des Euros voraussagen.

*Die Realitäten richten
sich nicht immer nach
den Prognosen.*

Norbert Blüm
ehem. Bundesminister f. Arbeit

Fazit: Rente und Euro sind sicher, was man sich davon aber in Zukunft leisten kann, **das steht in den Sternen**.

Zugleich herrscht **vor** und **an** den großen Börsen weltweit Weihnachtsstimmung. Parallel dazu meinen aber die Politiker (von einem Gipfeltreffen zum anderen eilend), Markt-Mechanismen durch politische Vorgaben außer Kraft setzen zu können. Die Märkte, das sind Menschen wie „Sie und ich“, d.h. Käufer und Verkäufer an den internationalen Börsen.



Sprechen Sie mit Ihrem persönlichen Betreuer:

Thorsten Schultze

ISF Institut Deutsch-Schweizer Finanzdienstleistungen

Rheinau 2, 56070 Koblenz

Telefon: (0261) 88 55-5 00, Telefax: (0261) 88 55-5 01

E-Mail: thorsten-schultze@isf-institut.de

Sie stimmen in diesem Fall mit ihrem Geld über die Entscheidungen und Vorgaben der Politiker ab in Form von **Kauf- oder Verkaufsaufträgen**. Neutralere und fairere Verfahren sind hinsichtlich Glaubwürdigkeit kaum möglich. Niemand auf der Welt möchte nämlich mit seinen Kauf- oder Verkaufsentscheidungen Geld verlieren. **Käufe** wecken in der Regel die Hoffnung auf zukünftige Geldvermehrung im Hintergrund und **Verkäufe** die Umwandlung des verkauften Wertpapiers in einen nominalen festgelegten Geldbetrag – oft als Schutz gegen befürchtete Kursrückgänge. **Käufe sind damit ein Zeichen von optimistischer Zukunftseinschätzung, Verkäufe tendenziell das Gegenteil**. Folglich entsprechen **Käufe** an den Börsen einem **Ja-Kreuzchen** auf dem **politischen Stimmzettel** und **Verkäufe** bedeuten ein **Nein** bei der Abstimmung.

Nach vielen als historisch bezeichneten Gipfeltreffen in Brüssel sah man auf Basis der zuletzt dort gefassten Beschlüsse beim ersten Hinsehen viele Ja-Kreuzchen – inzwischen haben sich diese in Richtung Nein und Enthaltung gedreht. Die Gründe hierfür sind schnell zusammengefasst:

Ein Konsens mit allen 27 Ländern konnte bekanntlich nicht getroffen werden. Großbritannien bleibt „außen vor“. Wirtschaftlich und politisch ist dies nicht neu und eine seit Einführung des Euros häufig gängige Praxis, wodurch Länder schon so manchen Vorteil einheimen konnten. Das Verhalten kam also nicht überraschend. Die deutsche Begeisterung darüber, dass sich neben den Euro-Ländern die „restlichen“ neun EU-Staaten (haben den Euro bis jetzt nicht eingeführt) angeschlossen haben, ist übertrieben. Sie haben nichts weiter bestätigt, als eine „**wohlwollende Prüfung**“ der Beschlüsse, zumal die betreffenden nationalen Parlamente dies ohnehin erst einmal genehmigen müssten. Das Gleiche gilt auch für die Parlamente der Euro-Länder. Auf welch' wackeligen Beinen diese Beschlüsse stehen, zeigen nachfolgende Beispiele aus den Brüsseler Beschlüssen – nach dem Doppelpunkt folgt der aktuelle Kommentar dazu in Kurzform:

- **„Schuldenbremsen werden in nationales Recht eingeführt“**
Das sind neue (unverbindliche) Absichtserklärungen, die noch in keinem einzigen der betreffenden Länder eingeführt wurden und der parlamentarischen Genehmigung oder einer Volksabstimmung bedürfen.
- **„Der EU-Gerichtshof darf die Schuldenbremsen überprüfen“**
Ist bereits abgelehnt – die Schuldenverursacher sollen wie bisher über sich selbst richten.
- **„Das Defizit-Verfahren wird verschärft und automatisiert“**
Auch dies wird voraussichtlich nicht umgesetzt, schon gar keine Automatisierung,
- **„Die Integration der Haushaltspolitik wird auf Dauer verstärkt“**
Das ist nichts Neues – war eigentlich schon immer vorgesehen und wird auch in Zukunft an der Kraft des „Faktischen“ scheitern, da die Haushaltspolitik als Königsdisziplin der nationalen Parlamente angesehen wird. Wenn das nationale Parteieninteresse dominiert, dann wird dies vorgehen.
- **„Euro-Länder forcieren wirtschaftspolitische Kooperationen“**
Hier gilt das Gleiche wie beim vorigen Punkt – absolut nichts Neues.
- **„Euro-Regierungschef tagen mindestens zweimal jährlich“**
Eigentlich nichts Neues: Dieses Jahr hat man sich bereits über 15 Mal getroffen

Impressum/Angabenvorbehalt

Herausgeber: ISF Institut Deutsch-Schweizer Finanzdienstleistungen GmbH, Eysseneckstraße 31, 60322 Frankfurt am Main, aufsichtsrechtliches Institut gemäß § 1, Abs. 1a Kreditwesengesetz (KWG), lizenziert gem. § 32 KWG. Redaktion: Klaus Hennig (inhaltlich Verantwortlicher gem. § 55 II RStV), Postfach 18 02 27, 60083 Frankfurt am Main, Telefon: (0 69) 15 30 06 11, Telefax: (0 69) 15 30 06 10. Dies ist eine allgemeine Presse- und Werbe-Information und stellt keine Finanzanalyse gemäß § 34 WpHG bzw. Beratung oder persönliche Empfehlung dar. Diese kann allenfalls nach einem persönlichen Gespräch und auf Basis der allgemeinen, die jeweilige Anlage betreffenden Produkt-, Prospekt- und/oder Emissionsunterlagen erfolgen. Kein Vermittler oder Angestellter von ISF ist – egal aus welchen Gründen – berechtigt, Gelder oder Wertpapiere anzunehmen. Alle Informationen wurden mit größter Sorgfalt und nach bestem Wissen zusammengestellt, dennoch kann für den Inhalt keine Haftung übernommen werden – auch kann dieser möglicherweise durch firmenmäßige Interessenskonflikte beeinflusst werden. Alleine die einschlägigen Verkaufs-Prospekte, Verkaufs-Exposés, Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank sowie die Anlagerichtlinien etc. können eine vollständige, persönliche Entscheidungsgrundlage für eine Kapitalanlage sein. Die betreffenden Unterlagen sind bei Ihrem regional zuständigen ISF-Betreuer abrufbar. Alle Informationen sind dem ständigen Wechsel unterworfen und somit unverbindliche Empfehlungen. Soweit Kurse genannt sind, entsprechen diese den letzten verfügbaren Informationen, sofern nicht ein bestimmtes Datum genannt ist. Alle Angaben – auch die Kurse – sind ohne Gewähr. Die in dieser Ausgabe enthaltenen Meinungen entsprechen der Auffassung der Redaktion am Tage der Drucklegung. Diese Auffassung kann sich nach bekannt werden neuer Tatsachen ändern. Der Inhalt ist für den persönlichen Gebrauch des Empfängers bestimmt. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

04/10

- **„Der Dauerrettungsschirm ESM soll Mitte 2012 in Kraft treten“**

Das ist lediglich ein Vorziehen einer ohnehin für 2013 geplanten Maßnahme – dies setzt aber auch voraus, dass genügend Investoren mit Geld vorhanden sind. Das ist bisher nicht der Fall.

- **„Im März 2012 wird geprüft, ob die Ausstattung des EU-Rettungsschirms (EUR 500 Mrd.) ausreicht“**

Ein schönes Vorhaben, was voraussetzt, dass man überhaupt das Geld zu akzeptablen Bedingungen von „irgendwo“ besorgen kann. Ernsthafte Investoren stehen bislang nicht Schlange.

- **„Der Aufbau des Kapitalstocks des ESM wird beschleunigt“**

Bis heute sind noch nicht einmal namhafte Investoren gefunden.

- **„Beim europäischen Rettungsschirm (ESM) wird Einstimmigkeit durch 85%-ige Mehrheit ersetzt“**

Dafür müssen aber erst einmal 100% zustimmen – kleine Länder befürchten, dass sie durch Überstimmung durch die der großen Nationen auf diese Art zur Mitfinanzierung nicht gewollter Maßnahmen gezwungen werden.

- **„Die EU-Länder prüfen, ob sie dem IWF EUR 200 Mrd. zusätzliche Mittel bereitstellen“**

Diese sind bereits auf EUR 150 Mrd. gekürzt, Großbritannien lehnt Hilfen generell ab und zahlreiche Länder haben sich Entscheidungen vorbehalten. Die Deutsche Bundesbank kämpft aber vehement dagegen an und auch die USA als Hauptfinanzierer des IWF sind nicht begeistert. Auch diese Idee ist wohl bereits vom Tisch.

Fazit: Sie sehen anhand dieses Maßnahmenkatalogs die großen Ambitionen und zugleich die Hilflosigkeit der Beschlüsse. Es gibt nämlich keine politische Instanz, die über Ländergrenzen hinweg (als gemeinsamen Regierungsschirm über allen EU- bzw. Euro-Ländern) solche Beschlüsse fassen kann. Die Beschlüsse stehen in den Sternen und voraussichtlich soll der vorgesehene nächste Gipfel Ende März 2012 bereits auf Anfang Februar 2012 vorgezogen werden. Anlegern sollten diese Nachrichten als Warnsignal gelten. Englische Medien kommentieren: **„Long on rhetoric, short on facts!“**

Aber wohin führen diese angeblichen Entscheidungen? Es sind in Wahrheit doch nur Vorschläge und wahrlich zunächst nichts weiter als Beruhigungspillen. Als Anleger sollten Sie gewappnet sein und **dringend einen kostenlosen und unverbindlichen Depot-Check hinsichtlich Ihrer Chancen-/Risiko-Struktur im Anlagesektor vornehmen.**

Ein Depot-Check stellt für Ihre Wertpapiere in etwa das dar, was Ihr persönliches EKG beim Gesundheits-Check durch Ihren Hausarzt abbilden kann. **Bitte sprechen Sie Ihren ISF-Berater an** – er unterstützt Sie gerne.

Passt Ihr Hausbank-Depot zu Ihnen?

— ein kostenloser Risiko-Check —



Schweizer Bankier-Know-how sowie die Erkenntnisse des bekannten Nobel-Preisträgers Harry Markowitz sind bei diesem Depot-Check Qualitätsstandards, auf die Sie sich verlassen können.

Auf Wunsch führen wir diese Beurteilung genauso professionell auch anonymisiert durch, nämlich ohne jegliche Namens-, Bank- und Betragsangabe.

Ein zusätzlicher Steuereffizienz-Check zeigt Ihnen auch die Möglichkeit für eine „Schweizer Bank Rente“ gemäß deutschen Rechts mit minimaler steuerlicher Belastung.

Gerne informieren wir Sie —
unverbindlich und vertraulich.

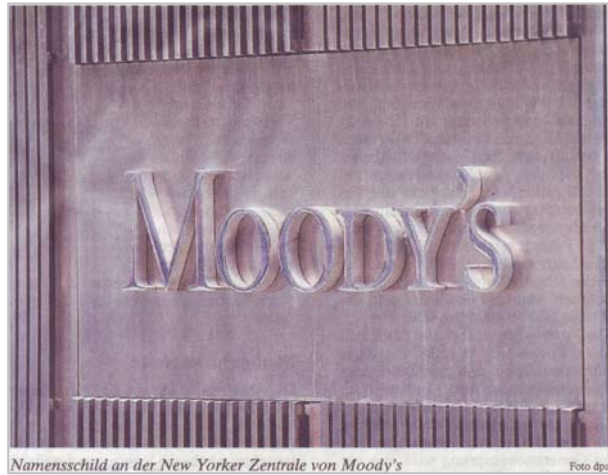


Bitte sprechen Sie mit Ihrem ISF-Berater

Herabstufungen durch Rating-Agenturen unvermeidbar

Wie dargelegt sind die Brüsseler Beschlüsse (leider) nur Baustein eines zwar politisch als Entscheidungsprozess dargestellt, aber in Wirklichkeit recht hilflos wirkende Strategie eines „Trial- and Error-Systems“ (Versuch und Irrung) zu identifizieren.

Zu Recht gab es im Vorfeld der Krisengipfel bereits Warnungen seitens der Rating-Agenturen, dass es in Folge von „Nichtbeschlüssen“ zu **Herabstufungen** einer Reihe von Ländern kommen könnte. Es ist sehr gut möglich, dass es bald zu weiteren Herabstufungen kommt – sie sind notwendig und gerechtfertigt. Allerdings: Aufgrund der Ankündigungen und der Umstände werden sie unseres Erachtens relativ wirkungslos hinsichtlich des Preisniveaus bleiben, denn sie sind bereits eingepreist.



Namensschild an der New Yorker Zentrale von Moody's

Foto dpi

Zinslos heimlich enteignen

Wir haben schon des Öfteren über das „schiefe“ Verhältnis zwischen der **Zinshöhe** einerseits und dem **Inflationsniveau** andererseits berichtet und die **Folgen für Anleger** dargestellt. Nun konnte sich der deutsche Fiskus sogar praktisch zu Null-Zinsen (Zinssatz lag bei 0,0005% p.a.) 6-monatige Bundesanleihen sichern. Ein derart niedriges Renditeniveau hat es bei Auktionen deutscher Staatspapiere noch nie gegeben. Trotzdem lag die Nachfrage beim 3,8-Fachen der Zuteilungssumme.

Übersetzt für Sie heißt dies: Ein institutioneller Anleger (z.B. Lebensversicherungsgesellschaft) bekam für eine Anlage in Höhe von **EUR 10.000.000,-** (EUR 10 Mio.) nach einem halben Jahr „ganze“ EUR 25,-(!) als Zins auf den angelegten Betrag.

Bei einer derzeitigen **offiziellen Inflationsrate** von 3% p.a. heißt dies ebenfalls „übersetzt“:

Innerhalb von diesen 6 Monaten nimmt die Kaufkraft des o.g. Anlagebetrages um **3% p.a. ab**, das entspricht **EUR 150.000,-** realer Kaufkraftschwund – als „Entschädigung“ erhält der Investor EUR 25,-. Dazu zahlt der institutionelle Anleger dann auch noch seine Steuern. Ein grandioses Minus-Geschäft. Wenn man bedenkt, dass die „inoffizielle“ Inflationsrate bei ca. 5% - 6% p.a. liegt und damit der Kaufkraftschwund auf diesen Betrag eher mit ca. EUR 250.000,- – EUR 300.000,- auf das halbe Jahr angesetzt ist, erkennt man die Wirkung des staatlich gelenkten „Null-Zins-Programms“.

Umgekehrt sieht es für den Staat nämlich wie folgt aus:

Er hat sich EUR 10.000.000,- geliehen und zahlt auf Kaufkraft-Basis tatsächlich anschließend **erheblich weniger** zurück. **Rechnen Sie dies einfach einmal auf 10 Jahre hoch. Sie sind als Festgeld-Anleger oder mit Staatsanleihen im Depot in gleicher Position.** Auf diesem Wege erhält der Staat **heute** EUR 10.000.000,- und muss in z.B. 10 Jahren (bei zu vernachlässigendem Zinsaufwand) zwar Summen mäßig den gleichen Betrag aber auf Kaufkraft-Basis nur noch ca. die Hälfte des Betrages zurückzahlen.

Fazit: Sie erkennen daraus den klassischen schon oft beschrittenen Weg von Staaten, sich zu Lasten der Alters-Rücklagen seiner Bürger geräuschlos zu entschulden – wissenschaftlich nennt man das „finanzielle Repression“.

Möchten Sie diese und auch die Folgeausgaben von

Finanzplatz Schweiz Intern@

für Ihre Freunde, Bekannten oder Verwandten kostenlos — ohne jedes Obligo — als kleines "Geschenk" versenden lassen? Klicken Sie einfach auf:

<http://www.thorsten-schultze.isf-institut.de/fsi.php>

Sie befinden sich mit einem Teil Ihrer Ersparnisse und Rücklagen im Zweifelsfall in der **gleichen Position** – Sie sollten unbedingt Ihren ISF-Berater kontaktieren. Einen sehr guten Schutzmechanismus dagegen bietet die

„ISF Inflationsschutz-Anleihe“,

denn sie verzinst sich durchgehend mit dem **1,35-Fachen der durchschnittlichen Inflationsrate** (egal wie hoch die Inflation ist). So sind Sie vor den wie oben geschilderten Folgen geschützt. Dazu ist die Strategie während der Anlagezeit gemäß geltendem Recht im **Schweiz- und/oder Deutschland-Depot steuerfrei**.

Ein Baustein im Depot könnte auch eine wachstumsorientierte Anlage in Form des

„Schweizer Franken Gold“

sein. Gold ist im Preis ein Stück zurückgegangen – **liegt aber nach wie vor im Aufwärtstrend (siehe Chart)**. Das ist eine gute Chance! Der Rückgang entspricht **keiner Etablierung eines neuen Trends**, sondern ist allein der Tatsache geschuldet, dass europäische Banken beim Erwerb von US-Dollar in größerem Maße (wider besseren Wissen) Goldbestände abgeben müssen. Amerikanische Banken sind wegen der Schuldenkrise kaum noch bereit, europäischen Banken US-Dollars zu leihen. Deshalb müssen europäische Banken zum Teil auf ihre Goldbestände zurückgreifen. Das ist Ihre Chance als Anleger, gegen den Trend kurzfristig nochmals das Gold preiswerter zu erhalten.

„Schweizer Franken Gold“ ist darüber hinaus gegenüber „normalen“ Goldbarren mit einer **100%-igen Währungssicherung im Schweizer Franken** ausgestattet, hat „Schweizer Franken Gold“ **um ca. 30% besser abgeschnitten**. Goldbarren werden auch hier gekauft, aber die 100%-ige Währungssicherung im Schweizer Franken schützt vor **Währungsverlusten** im sich weiter abschwächenden US-Dollar, denn die Preisnotiz findet global im weiter schwächelnden US-Dollar statt.



Steuerabkommen auch mit Österreich, Liechtenstein und Luxemburg vorgesehen

Bei dem bereits ratifizierten Deutsch-Schweizer Steuerabkommen wird es wohl in den nächsten drei Monaten **Nachverhandlungen** geben (ansonsten wäre in der Schweiz das rechtliche Verfahren zu weit fortgeschritten, um noch Änderungen vornehmen zu können). In Deutschland sind SPD und LINKE der Meinung, dass wohl noch Steuerschlupflöcher bestünden und Steuersünder zu günstig davon kommen. Auch Brüssel mäkelte und fühlt sich als die „obere EU-Autorität“ übergangen. Finanzminister Wolfgang Schäuble ist inzwischen wohl auch zu Nachverhandlungen bereit – die Verhandlungspartner in der Schweiz scheinen zwar politisch eher unwillig, aber dennoch geneigt, das mühsam geschnürte Gesetzespaket nicht platzen zu lassen.

Auch Länder wie Österreich, Liechtenstein und Luxemburg sind inzwischen sehr daran interessiert, **kurzfristig ein ähnliches oder fast identisches Abkommen zu schließen**. Die Gespräche Deutschland - Liechtenstein scheinen diesbezüglich am weitesten vorangeschritten.

Immer wieder werden wir nach legal steueroptimierten Anlagen gefragt. Hier ein Vorschlag für **absolut defensiv und vorsichtig denkende Anleger**, der **frei von Depotgebühren** ist mit einer **hoch attraktiven Rendite** – zu **100% Sachwert gesichert** – und mit mindestens rund 4% p.a. bis zu 9% p.a. (**aufgrund realistisch nachvollziehbarer Gewinnbeteiligung**) ausgestattet ist.

Wir sprechen vom

„Wiener Werte Darlehen“

Es ist **während der Anlagezeit nach geltendem deutschem Steuerrecht völlig steuerfrei**. Dazu (das können wir zweifellos behaupten) ist die Anlage aufgrund der Sachwertsicherung sicherer, als manche Staatsanleihe. Fragen Sie doch einfach einmal Ihren ISF-Berater.

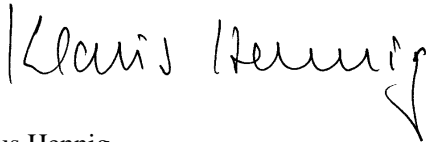
Das Volumen ist begrenzt. Die Unterlagen sind im Druck und stehen nach Weihnachten zur Verfügung. **Über 10% des Volumens sind bereits im Vorfeld gezeichnet.**

Wir wünschen Ihnen und Ihrer Familie ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest, ein paar besinnliche Stunden zwischen den Jahren sowie Gesundheit, Glück und Erfolg im neuen Jahr 2012. Rechtzeitig zum Jahresanfang 2012 werden wir uns wieder bei Ihnen melden. Sollten Sie den seit vielen Jahren in gebundener Form erscheinenden

**Kunden-Brief:
„Jahres-Rückblick 2011 und Jahres-Ausblick 2012“,**

bestellen wollen, so **teilen Sie uns dies bitte mit**. ISF-Kunden erhalten ihn automatisch in der 2. Hälfte Januar 2012.

Mit besten Grüßen

Ihr 

Klaus Hennig
Finanzplatz Schweiz
Intern@-Redaktion



©Horsch

www.horschcartoons.de